

Landkreis Friesland

Niederschrift

**über die 12. öffentliche Sitzung des Kreistages des Landkreises Friesland am
Mittwoch, 25. März 2009, im Kursaal des „Haus des Gastes“ in
Wangerland-Horumersiel, Zum Hafen 3**

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 16:25 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Ambrosy, Sven
Bastrop, Heide
Brunken, Rainer
Burgenger, Uwe
Busch, Thomas
Böcker, Rudolf
Chmielewski, Iko
Dierenga, Karin
Eggerichs, Peter
Etzold, Jost
Funke, Karl-Heinz
Gabbey, Dietrich
Gburreck, Fred
Gramberger, Joachim
Grützner, Gisela
Habeck, Wilfried
Haltern, Sabine
Harms, Siegfried
Heidenreich, Walter
Herfel, Bärbel
Hoppenheit, Christa
Husemann, Horst-Dieter
Janßen, Wolfgang
Just, Janto
Kaempfe, Hartmut
Kaiser-Fuchs, Marianne
Koch, Klaus-Peter
Lahl, Herbert
Müller, Alfred
Nieraad, Peter
Onnen-Lübben, Reinhard
Osterloh, Uwe
Pauluschke, Bernd
Polenz, Dirk von
Ralle, Elfriede

Ramke, Michael
Recksiedler, Raimund
Rost, Wilfried
Schlieper, Ulrike
Thiesing, Ralf
Tischer, Peter
Zielke, Gustav

Angehörige der Verwaltung

Dehrendorf, Martin Dr.
Gerdes, Gerda
Wehnemann, Peter
Graalfs, Rainer
Höfer, Torsten
Juppin, Aaron
Schlimgen, Katja KI-Anwärterin
Wehmeyer, Thorben

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Kreistagsvorsitzender Funke eröffnete die Sitzung und hieß alle Anwesenden, insbesondere Frau stellvertretende Bürgermeisterin Prieß-Tiemann, die Vertreter der Presse sowie die Zuhörer herzlich willkommen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Herr Funke stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zur heutigen Sitzungen fehlten die Kreistagsmitglieder Anja Kindo und Elisabeth Onken sowie Dieter Janßen, Hans-Werner Kammer und Olaf Lies.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Stellvertretende Bürgermeisterin Frau Prieß-Tiemann hieß die Mitglieder des Kreistages sodann namens der Gemeinde Wangerland herzlich willkommen in Horumersiel. Bürgermeister Hinrichs lasse sich aufgrund einer Erkrankung entschuldigen. - Sie wünschte der Sitzung einen guten Verlauf und sachgerechte Beschlüsse.

Sodann erteilte Kreistagsvorsitzender Funke Herrn Kreistagsabgeordneten Böcker das Wort, der folgende persönliche Erklärung nach § 16 GO verlas:

„Am 11. März 2008 hat die SPD-Kreistagsfraktion beschlossen, dass ich meine Mitarbeit in der Fraktion ruhen lassen soll, bis das gegen mich laufende Parteiordnungsverfahren mit dem Ziel eines Parteiausschlusses abgeschlossen ist.

Ich bin nicht gegangen und bin kein „Abtrünniger“, wie ich vorgestern in der Zeitung lesen konnte, sondern die Fraktion hat so beschlossen. Da ich die Beschlussfassungen der Fraktion ja nicht kenne, gibt es natürlich auch Konsequenzen: Ich teile mit, dass ich heute und in Zukunft mich nicht an die Fraktionsbeschlüsse halten kann, sondern dass ich nach meinem Gewissen abstimmen werde bzw. abstimmen muss. Ich werde mein Kreismandat nicht abgeben und weiterhin an den Kreistagssitzungen und Ausschusssitzungen teilnehmen. Ich bedanke mich für das Zuhören.“

TOP 4 Besetzung von örtlichen und überörtlichen Gremien außerhalb des Kreistages: hier: Wechsel der Positionen im Mellumrat zwischen Frau KTA Dierenga (zukünftig Mitglied) und Herrn KTA Koch (zukünftig Vertreter)

/ Mit anliegendem Schreiben vom 11. Februar 2009 bat die CDU-Kreistagsfraktion um Tausch der Mitglieds- und Vertretungsfunktion zwischen Frau Karin Dierenga und Herrn Klaus-Peter Koch hinsichtlich ihrer Entsendung in den Mellumrat.

Der Kreistag nahm Kenntnis und beschloss wie folgt:

Beschluss:

Im Mellumrat ist der Landkreis Friesland ab sofort wie folgt vertreten:

Mitglied

KTA Uwe Osterloh
KTA **Karin Dierenga** (bisher: Vertreterin)
Mitglied)

Vertreter

1. stv. LR Reinhard Onnen-Lübben
KTA **Klaus-Peter Koch** (bisher:

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 5 Genehmigung der öffentlichen Niederschrift vom 10. Dezember 2008

Die Niederschrift wurde genehmigt.

TOP 6 Berichte und Vorlagen der öffentlichen Sitzung

TOP 6.1 - aus dem Kreisausschuss vom 4. Februar 2009

TOP 6.1.1 Berufung in den Ausschuss für Schule, Sport und Kultur des Landkreises Friesland als Vertreter des Kreisschülerrates Vorlage: 405/2008

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.1 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 4. Februar 2009 zur Kenntnis und beschloss wie folgt:

Beschluss:

Die vom Kreisschülerrat vorgeschlagenen folgenden Vertreterinnen/Vertreter werden für die Dauer der halben Wahlperiode der Vertretungskörperschaft (Beginn der 2. Hälfte am 1. Mai 2009) in den Ausschuss für Schule, Sport und Kultur des Landkreises Friesland berufen:

Allgemein bildende Schulen:

Mitglied: Lisa Eilts (MG Jever), Fulfweg 7, 26419 Schortens

Ersatzmitglieder: Jonas Böhm (HS Jever), Beuthener Str. 3a, 26441 Jever und
Philipp Heinrich (LMG Varel), Am Wall 15, 26340 Zetel

Berufsbildende Schulen:

Mitglied: Anna Piorowski (BBS Varel), Heckenweg 4, 26316 Varel

Ersatzmitglied: Simon Ritter (BBS Jever), Stettiner Str. 19, 26441 Jever

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6.1.2 Jade Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH i. Gr.; Benennung von Vertretern und Stellvertretern für die Gesellschafterversammlung Vorlage: 410/2009

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.2 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 4. Februar 2009 zur Kenntnis.

Kreistagsabgeordneter Husemann bekundete die Unzufriedenheit der CDU-Fraktion hinsichtlich der Umsetzung zu Ziff. 4) des Kreistagsbeschlusses aus 2008 – Geschäftsführung -. Im Verbund der Träger habe man zu diesem Punkt keine Mehrheit gefunden. Der Fraktion liege sehr daran, dass sich die derzeitige Geschäftsführung auf die primäre Hauptaufgabe beschränke, durch eine Stellenbeschreibung und -ausschreibung die/den eigene/n Nachfolger/in zu finden.

Wert lege man auch auf die Feststellung, dass die Gesellschaft nach Aufnahme ihrer Arbeit nicht nur das Thema „Hafen“ ganz oben an stelle, sondern im Sinne der friesländischen Interessen den Bereich Wirtschaft allgemein, also auch andere Belange wie Tourismus usw. mit abdecken müsse. Dies sollte sich auch in den Versammlungen der Träger in den jeweiligen Tagesordnungen widerspiegeln.

Beschluss:

Es werden zwei Kreistagsabgeordnete sowie zwei Vertreter für die Gesellschafterversammlung der Jade Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH i.Gr. benannt:

	<u>Mitglied</u>	<u>Vertreter</u>
SPD/FDP-Gruppe:	KTA Sabine Haltern	KTA Bernd Pauluschke
CDU-Fraktion:	KTA Herbert Lahl	KTA Horst-Dieter Husemann

- - -

Der Beschluss des Kreisausschusses vom 4. Februar 2009 ist erfüllt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.1.3 Änderung der Richtlinie des Kreiswirtschaftsförderungsprogramms des Landkreises Friesland - sh. hierzu TOP 6.2.8 und 6.2.9
Vorlage: 412/2009**

Der Kreisausschuss nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.3 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 4. Februar 2009 zur Kenntnis.

Zur Beschlussfassung sh. unter TOP 6.2.8 und 6.2.9.

TOP 6.2 - aus dem Kreisausschuss vom 18. März 2009

**TOP 6.2.1 Erlass einer Verordnung über geschützte Landschaftsbestandteile in der Stadt Jever und zur Aufhebung von 4 Landschaftsschutzgebieten der Verordnung zum Schutze von Landschaftsteilen im Amtsbezirk Friesland vom 23. Dezember 1937
Vorlage: 421/2009**

Der Kreistag folgte der Beschlussempfehlung zu TOP 3.1.1 der Kreisausschuss-Sitzung vom 18. März 2009.

Beschluss:

Die der Umweltausschuss-Niederschrift vom 24. Februar 2009 anliegende Verordnung über geschützte Landschaftsbestandteile in der Stadt Jever, Landkreis Friesland, wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6.2.2 Rekultivierung des 3. Bauabschnittes der Deponie Varel-Hohenberge; hier: Erarbeitung der Unterlagen zur Beantragung der Plangenehmigung Vorlage: 425/2009

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.2 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 18. März 2009 zur Kenntnis.

Kreistagsabgeordneter Just führte namens der BfB-Fraktion aus, lt. Beschlussvorlage habe die Kreisverwaltung zunächst beabsichtigt, die biologisch bedingten Setzungen der Deponieoberfläche abzuwarten. Das Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg als zuständige Genehmigungs- und Überwachungsbehörde fordere jetzt die Vorlage eines Stilllegungskonzeptes für die Deponie Varel. Es stelle sich die Frage, warum das GAA nicht damit einverstanden gewesen sei, die Zeit der Setzungen abzuwarten. Welche Bedenken bestünden gegen ein weiteres Abwarten?

Landrat Ambrosy erklärte, das Gewerbeaufsichtsamt vertrete die Auffassung, das Zusammenfassen der Planungsunterlagen, die Einarbeitung der Ingenieur- bzw. technischen Leistungen und die Ausschreibung sollten nunmehr parallel erfolgen, da diese Arbeiten nach aller Erfahrung ansonsten eine zu lange Zeit in Anspruch nähmen.

Auf Nachfrage von Herrn Just erklärte der Landrat, dass kein Zusammenhang zu bestehenden oder konkret drohenden Schadstoffaustritten bestehe. Die Anlage stehe labormäßig unter regelmäßiger Kontrolle.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung zur Rekultivierung der Deponie Varel-Hohenberge nach den geltenden Vergabevorschriften unter Mitwirkung des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises in Auftrag zu geben und die dafür erforderlichen Planunterlagen erarbeiten zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.2.3 Erste Änderung zur Schulbezirkssatzung im Landkreis Friesland vom 15.12.2003
Vorlage: 416/2009**

Landrat Ambrosy führte aus, im Kreisausschuss am 18. März 2009 (sh. TOP 3.1.3 der Niederschrift) habe Einvernehmen dahin gehend bestanden, zunächst die konkreten Mai-Zahlen abzuwarten, um auf dieser Basis die Problematik besser einschätzen zu können. Die Beschlussfassung über die Schulbezirkssatzung solle daher in der Sitzung des Kreistages am 24. Juni 2009 erfolgen.

Kreistagsabgeordneter Husemann erklärte, die im Mai erhobenen Zahlen seien eine Momentaufnahme und könnten in den Folgejahren ganz anders ausfallen. Daher müssten die Regelungen einer Schulbezirkssatzung verlässliche und korrekte Aussagen enthalten. Die Satzung werde erforderlich aufgrund der IGS-Gründung, die eine positive Abrundung des Schulangebotes in Friesland darstelle. Allerdings dürfe eine solche Vervollkommnung des Angebots keine „Verlierer“ haben. Im Moment zeichne sich ab, dass im Bereich der Stadt Schortens tatsächlich eine nicht zu benennende Zahl von Schüler/innen betroffen sei, die vielleicht keinen Schulplatz an der IGS erhielten. Möglicherweise würden sie auch im Losverfahren den Zuschlag nicht erhalten, so dass sie durch die Planungen des Landkreises gezwungen würden, die Schule in Sande zu besuchen. Dabei würde auf berufliche Beziehungen der Eltern in Richtung Jever / Wangerland / Wittmund nicht Rücksicht genommen. Für diese wäre eine Beschulung ihrer Kinder eher an der HSRS Jever sinnvoller als täglicher Schulbusverkehr nach Sande.

Wenn das Elternwahlrecht in diesem Punkt nicht eröffnet werde, würde die CDU-Kreistagsfraktion die Schulbezirkssatzung auch in der nächsten Kreistagssitzung nicht mit beschließen können.

Kreistagsabgeordneter Just bestätigte, dass Schortenser Schüler/innen, die keinen IGS-Platz erhielten und stattdessen auswärts beschult würden, zu den Verlierern in Folge des neuen Schulangebotes gehörten. Insofern könne nicht von einer positiven Abrundung des Schulangebotes die Rede sein. Die IGS stelle einen richtigen Schritt in Richtung eines integrierten Schulsystems dar. Aber vorübergehend werde dafür das Schulsystem weiter zersplittert: Statt drei habe man in der Sekundarstufe zukünftig vier verschiedene Schultypen. Keine Kommune in Friesland wäre heute noch groß genug, um alle vier Schultypen vorzuhalten. Es dürfe sich nur um einen vorübergehenden Schritt handeln, denn es werde ein zeitweises Chaos in Kauf genommen, das man sich auf Dauer nicht erlauben könne. Sowohl aus pädagogischer als auch aus kommunaler Sicht müsse man zu einem integrierten Schulsystem gelangen. Jede lebensfähige Kommune müsse neben einem funktionierenden Grundschulsystem auch ein ausreichendes System für die Sekundarstufe I – Klassen 5 bis 10 - anbieten können. Wenn differenziert werden müsse, so müsse das innerhalb dieser Schule geschehen und nicht auf vier verschiedene Schulen aufgeteilt. Nicht hinnehmbare Folge sei sonst, immer mehr Schüler/innen in den Schulbusverkehr zu schicken. - Diese Haltung mit Hinweis auf kommunale und pädagogische Gründe sollte auch der Landesregierung gegenüber deutlich gemacht werden.

Kreistagsabgeordnete Schlieper bat darum, sich heute auf das eigentliche Thema „Schulbezirkssatzung“ zu beschränken. An anderer Stelle sollten die aufgeworfenen Argumente nochmals erörtert werden; die Vertagung des Punktes biete dazu Gelegenheit.

Beschluss:

Das Ergebnis zur Erhebung der Schülerverteilung wird abgewartet. Auf dieser Basis erfolgt eine Beschlussfassung zur Schulbezirkssatzung in der nächsten Kreistags-sitzung am 24. Juni 2009.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.2.4 Planung der Ausbaustufen im Kindertagesstättenbereich
(§§ 24, 24a SGB VIII) für das Jahr 2009
Vorlage: 430/2009**

Der Kreistag nahm die Beschlussempfehlung des Kreisausschusses vom 18. März 2009 – TOP 3.1.4 der Niederschrift – zur Kenntnis.

Beschluss:

Den Planungsabsichten als Ausbaustufen für das Planungsjahr 2009 wird zugestimmt. Der Beschluss wird dem Nds. Kultusministerium/Referat Tages-einrichtungen und Tagespflege für Kinder nachrichtlich übersandt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.2.5 Genehmigung der Satzung des Landkreises Friesland über die
Gewährung einer laufenden Geldleistung sowie die Erhebung eines
Kostenbeitrages im Rahmen der Kindertagespflege
Vorlage: 431/2009**

In Übereinstimmung mit dem Kreisausschuss – sh. TOP 3.1.5 der Niederschrift vom 18. März 2009 – beschloss der Kreistag wie folgt:

Beschluss:

Der der Jugendhilfeausschuss-Niederschrift vom 3. März 2009 beigefügten Satzung des Landkreises Friesland über die Gewährung einer laufenden Geldleistung sowie die Erhebung eines Kostenbeitrages im Rahmen der Kindertagespflege wird zugestimmt

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.2.6 Vorstellung der Arbeit des Pro-Aktiv-Centers Friesland und
Weiterführung des Pro-Aktiv-Centers im Jahr 2009
Vorlage: 433/2009**

Auf die Ausführungen zu TOP 6.2.6 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 18. März 2009 wird verwiesen.

Beschluss:

Unter der Voraussetzung, dass die Ko-Finanzierung des Pro-Aktiv-Centers durch das Job-Center im gleichen Umfang wie im ersten Quartal 2009 ab dem zweiten Quartal 2009 gewährleistet ist, wird das Pro-Aktiv-Center mit zwei Vollzeitkräften bei einem finanziellen Eigenanteil des Landkreises Friesland i.H.v. ca. 31.500,00 Euro im Jahr 2009 weiter betrieben (1. Variante) oder

unter der Voraussetzung, dass keine oder eine stark reduzierte Ko-Finanzierung des Pro-Aktiv-Centers durch das Job-Center erfolgt, wird das Pro-Aktiv-Center mit einer Vollzeitkraft bei einem finanziellen Eigenanteil des Landkreises Friesland i.H.v. ca. 49.500,00 Euro im Jahr 2009 weiter betrieben (2. Variante).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.2.7 4. Satzung zur Änderung der Satzung des Landkreises Friesland
vom 6. November 1992 über die Erhebung von Verwaltungskosten
im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung) in Form der
Neufassung des Kostentarifs
Vorlage: 436/2009**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.7 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 18. März 2009 zur Kenntnis. Den Kreistagsmitgliedern war hierzu eine ergänzende **Tischvorlage** folgenden Inhalts überreicht worden:

„Der o. a. Tagesordnungspunkt war Beratungsgegenstand im Wirtschaftsausschuss am 11. März 2009 sowie im Kreisausschuss am 18. März 2009; auf die Ausführungen sowie Anlagen zu Vorlage Nr. 436/2009 wird verwiesen.

Im Verlaufe der Beratung des Kreisausschusses wurden Regelungen zu Ziff. 24.2 der Kostensatzung hinterfragt: Insbesondere die Erhebung einer Verwaltungsgebühr von 68 € für die Ausstellung von Bescheinigungen zum Erlass von Studiengebühren und für Bescheinigungen zur Feststellung der Sportunfähigkeit wurde als zu hoch empfunden. Da es sich hierbei in der Regel um einen Personenkreis handeln werde, der sozial/finanziell eher schlechter gestellt sei, möge die Verwaltung die Möglichkeit prüfen, ob eine Absenkung oder ein Verzicht auf diese Gebühr im Rahmen der Satzungsregelungen möglich wäre.

Der Kreisausschuss sah die Vorlage 436/2009 als beratend an. Vorbehaltlich des Prüfungsergebnisses der Verwaltung möge der Kreistag in seiner Sitzung am 25. März 2009 abschließend über die Verabschiedung der 4. Änderungssatzung zur Verwaltungskostensatzung des Landkreises Friesland befinden.

Über den Fachbereich 01 als Vorlagenverfasser sowie den Fachbereich 23/Gesundheitsamt als ausstellende Behörde der angesprochenen Bescheinigungen wurden zwischenzeitlich Stellungnahmen eingeholt.

Das Ergebnis lässt sich wie folgt zusammen fassen:

1.

Bei den veranschlagten Kostensätzen von 68 € handelt es sich um Ergebnisse der Kostenrechnung des Gesundheitsamtes. Die zugrunde gelegten Zeitansätze zur Erarbeitung dieser Bescheinigungen wurden aus realen Aufschreibungen ermittelt und in einer weiteren Zeitaufschreibungsphase bestätigt. Der durchschnittliche Untersuchungsaufwand zur Ausstellung beider Bescheinigungen ist gleich hoch. Beide Untersuchungen beziehen sich auf Härtefallregelungen bzw. Billigkeitsmaßnahmen. Verwaltungsgebühr in Höhe von 68 € ist belegbar und sachlich angemessen.

2.

Aus den gesetzlichen Regelungen zum teilweisen oder ganzen Erlass des Studienbeitrages geht hervor, dass die Ausstellung einer amtsärztlichen Bescheinigung im Falle studienzeitverlängernder Auswirkungen einer Behinderung oder schweren Erkrankung erforderlich ist.

Die Bescheinigung einer Sportunfähigkeit durch ein amtsärztliches Zeugnis kommt zum Tragen, wenn ein Prüfling Sport als Prüfungsfach gewählt hat (Rechtsgrundlage: Verordnung über die Abschlüsse in der gymnasialen Oberstufe, im Fachgymnasium, im Abendgymnasium und im Kolleg – AVO GOFAK).

In beiden Fällen liegt eine zumindest temporäre gesundheitliche Beeinträchtigung vor, die Auswirkungen auf die Prüfungs-/Ausbildungssituation des Betroffenen hat. Das Vorhandensein finanzieller oder sozialer Notlagen kann daraus nicht zwingend geschlossen werden.

Gleichwohl finden auf die Regelungen der Verwaltungskostensatzung des Landkreises Friesland die Vorschriften des Nds. Verwaltungskostengesetzes Anwendung. Nach § 11 Abs. 2 Nds. Verwaltungskostengesetz gelten demnach für den Zahlungspflichtigen folgende Möglichkeiten für finanzielle Erleichterungen:

„Die Behörde kann die von ihr festgesetzten Kosten **stunden**, wenn die sofortige Einziehung für den Schuldner mit erheblichen Härten verbunden ist und wenn der Anspruch durch die Stundung nicht gefährdet ist.

Sie kann die Kosten **ermäßigen oder** von der Erhebung **absehen**, wenn dies im Einzelfall mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kostenschuldners oder sonst aus Billigkeitsgründen geboten ist.“

Über diese Vorschriften können gezielt und individuell die sozialen und finanziellen Besonderheiten jeden Einzelfalles berücksichtigt und bewertet werden. Dies gilt vor allem in jenen Fällen, in denen zusätzlich zur körperlichen Beeinträchtigung die übrigen (und ggf. aus der körperlichen Beeinträchtigung resultierenden) Lebensumstände zum Tragen kommen.

→ Für die Kreisverwaltung ergeben sich somit aus den bestehenden gesetzlichen und sonstigen Regelungen ausreichende Möglichkeiten, über Stundung, teilweisen oder vollständigen Erlass von Forderungen angemessen soziale

Komponenten in ihre Kostenerhebung einfließen zu lassen und wird dies auch entsprechend praktizieren.

3.

Die Berücksichtigung sozialer Komponenten widerspricht dem Prinzip von Kostentarifen. Ein Verlassen dieses Grundsatzes durch Einarbeitung sozialer Komponenten in den Tarif selbst birgt das Risiko in sich, die Vergleichbarkeit aller Kostensätze in eine Schieflage zu versetzen. Ferner könnten dadurch Berufungsfälle für ähnlich gelagerte Fallkonstellationen geschaffen werden.

4.

Das Gebührenniveau speziell auch des Gesundheitsamtes des Landkreises Friesland ist auch nach neuem Tarif niedriger als in benachbarten Landkreisen; Ursache sind die dort angesetzten höheren Zeitanteile für die Bearbeitung.

In Würdigung der vorstehenden Sach- und Rechtslage schlägt die Verwaltung vor, von einer Änderung der vorgeschlagenen Verwaltungskostensatzung – Anlage zu Vorlage 436/2009 – abzusehen und dem Beschlussvorschlag des Wirtschaftsausschusses vom 11. März 2009 zu folgen. Soziale Gesichtspunkte sind über § 11 Abs. 2 Nds. Verwaltungskostengesetz zu berücksichtigen.“

Der Kreistag nahm die vorstehenden Ausführungen zur Kenntnis. Kreistagsabgeordneter Burgenger erklärte, für ihn werde aus den vorstehenden Ausführungen erkennbar, dass soziale Gesichtspunkte durch die genannten Billigkeitsregelungen ausreichend abgedeckt würden. Eine Änderung des Entwurfs der neuen Verwaltungskostensatzung sei daher nicht erforderlich.

Beschluss:

Die **beigefügte** 4. Satzung zur Änderung der Satzung des Landkreises Friesland vom 6. November 1992 über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungsbereich (Verwaltungskostensatzung) in Form der Neufassung des Kostentarifs wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6.2.8 Änderung der Richtlinie des Kreiswirtschaftsförderungsprogrammes des Landkreises Friesland (Nachrichtliche Information) in Bezug auf die erhöhten Fördertatbestände in 2009 und geringfügiger, inhaltlicher Anpassungen Vorlage: 443/2009

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.8 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 18. März 2009 bzw. der Wirtschaftsausschuss-Niederschrift vom 11. März 2009 zur Kenntnis.

**TOP 6.2.9 Änderung bzw. Anpassung der Richtlinie des Kreiswirtschafts-
förderungsprogrammes des Landkreises Friesland (KMU-
Richtlinie)
Vorlage: 444/2009**

Der Kreistag beschloss in Übereinstimmung mit dem Kreisausschuss – TOP 3.1.9.
der Niederschrift vom 18. März 2009 – wie folgt:

Beschluss:

Der Landkreis Friesland ändert rückwirkend zum 01.01.2009 die KMU-Richtlinie durch die Einführung der neuen Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung und der daraus resultierenden Vorgaben über die Landesrahmenrichtlinie des Landes Niedersachsen entsprechend dem der Wirtschaftsausschuss-Niederschrift vom 11.03.2009 beigefügten Entwurf.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.2.10 Zukunftszentrum Technologie und Ausbildung Friesland/Varel
GmbH; hier: Gesellschaftsvertrag
Vorlage: 454/2009**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.10 der Kreisausschuss-
Niederschrift vom 18. März 2009 zur Kenntnis.

Kreistagsabgeordneter Wolfgang Janßen erklärte, die BfB-Fraktion werde sich zu diesem Tagesordnungspunkt der Stimme enthalten. Man sehe die mit der Nutzung des Zukunftszentrums verbundenen Risiken als zu hoch an. Nicht nur aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung sei es unrealistisch, dass Firmen außerhalb der Premium Aerotec GmbH dort Unterrichtseinrichtungen anmieteten. Es wäre hilfreich gewesen, das Kompetenzzentrum in Stade zu besuchen, um vor Ort das Geschäftsmodell in der Praxis zu sehen und Antworten auf Fragen zum laufenden Betrieb zu erhalten.

Die Beteiligung des Landkreises Friesland mit 12,5 % der Baukosten durch Kreditaufnahmen sei angesichts des Schuldenbestandes sehr problematisch. Mietausfälle würden dem ohnehin mit 60 Mio. Euro Schulden belasteten Kreishaushalt aufgebürdet. Hinzu kämen noch 18 Mio. Euro an Kassenkrediten. In den nächsten Jahren werde die Finanzierung des Haushalts schlechthin problematisch werden.

Landrat Ambrosy erklärte, im Verlaufe des Kampfes um Airbus in Varel habe man folgende Forderungen aufgestellt:

- Arbeitspakete für den A 350-XWB; diese habe man erhalten;
- Ansiedlungen im Umfeld des Werkes;
sie seien erforderlich, um das Werk krisenfester zu machen.
Im Aeropark deuteten sich erste Ansiedlungen an. In den nächsten Wochen werde es zu ersten Grundsteinlegungen kommen.

- Die wichtigste Forderung lautete, Forschung und Entwicklung standortspezifisch vor Ort zu bringen. Wenn dies nicht gelänge, so würde es immer nach gewissen Entwicklungsphasen in der Technik, also etwa alle 5 – 10 Jahre, erneut Diskussionen um den Standort geben. Diese würden mit den geplanten Maßnahmen vermieden.

Natürlich berge das Projekt Risiken. Niemand könne die Entwicklung voraus sagen. Aber es nicht zu vollziehen, bedeute, die Diskussion und Situation wie vor rd. 2 Jahren wieder herbei zu führen und sich erneut angreifbar zu machen. Daher handele es bei diesem Beschluss wohl um eine der wichtigsten entwicklungsstrukturellen Maßnahmen des Landkreises in den vergangenen Jahrzehnten. Vergleichbar hiermit seien die Entscheidungen für das TCN-Gelände und andere strategische Fragestellungen.

Der Landkreis sollte sich diese Maßnahmen leisten und durchführen, da

- die Zusage des Landes über eine erfreulich hohe, nämlich 75 %ige Förderung vorliege und
- unter Vorbehalt der endgültigen Zusage daran gearbeitet werde, eine weitere Förderung aus einem anderen Topf für Bildung und Forschung zu erhalten. Diese erhalte man dann zusätzlich.

Der Landkreis könne unter diesen Voraussetzungen davon ausgehen, dass sich der reale Mitteleinsatz in einem überschaubaren Rahmen halte. - Man wage gewisse Risiken, müsse dem jedoch die Gegenleistungen gegenüberstellen: Man erhalte eine Forschungs- und Ausbildungseinrichtung im Gegenwert von netto 11 – 12 Mio. Euro, die Stadt Varel und Landkreis über die Gesellschaft je zur Hälfte gehöre. Hierbei handele es sich um einen enormen Wertzuwachs. Insofern sei es hinnehmbar und notwendig, wie vorgeschlagen zu verfahren. Es handele sich im Übrigen um keine einzelbetriebliche Maßnahme zu Gunsten von Premium Aerotec; viele weitere Unternehmen, die Universitäten und Fachhochschulen sowie Berufsbildende Schulen seien Nutznießer dieser Einrichtung, hätten ihr Interesse bekunde und seien im Begriff, ihre Ausbildungsinhalte abzustimmen. Der Bedarf sei vorhanden. Am Standort Varel entstehe eine Einrichtung, die es in ganz Norddeutschland für die Zerspanungstechnik im Bereich Titan nicht gebe. Deshalb gelte es unbedingt zu handeln.

Kreistagsabgeordneter Chmielewski erklärte, die Wirtschaftlichkeit dieses Projektes sei ganz entscheidendes Kriterium. Zu diesem Zeitpunkt bestehe jedoch keine andere Möglichkeit, als dem Technologiezentrum durch Gründung der GmbH grundsätzlich „grünes Licht“ zu signalisieren. Allerdings mache die MMW wie im Vareler Rat ihre Zustimmung davon abhängig, dass vor Aufnahme der Arbeit der Gesellschaft eine Wirtschaftlichkeitsrechnung vorliegen müsse. Dort lägen die Risiken, dass irgendwo versteckte Kosten enthalten seien, die aus jetziger Sicht nicht erkennbar seien (Zuschüsse, Vermietungssituation/Auslastung, laufende Kosten/Unterhaltung). Der Landkreis habe zugesichert, diese erbetenen Daten nachzuliefern, sobald sie verfügbar seien. Man vertraue darauf, dass die GmbH-Gründung lediglich ein Signal für das Vorankommen der Maßnahme darstelle, die wirtschaftliche Seite aber erst dann einsetze, wenn die erbetenen wirtschaftlichen Daten vorlägen und bewertbar seien.

Kreistagsabgeordneter Wolfgang Janßen ergänzte, insbesondere die Situation bei ausbleibenden Mieteinnahmen gelte es darzustellen.

Kreistagsabgeordneter Busch erklärte, am Beispiel Stade sei erkennbar, welche enorme Sogwirkung durch die dortigen Investitionen entstanden sei. Als Kommunalpolitiker könne man durch die heutige Entscheidung den Grundstein für eine große Entwicklung legen. Das Technologiezentrum Varel habe eine große Bedeutung nicht nur für Premium Aerotec. In der Kombination der 75 %igen Förderung des Landes und der daraus erwachsenden weiteren Förderungen und Projekte des Bundes z. B. über Luftfahrtforschungsprogramme könne man für den Standort Varel, den Landkreis und die beteiligten Firmen hoffentlich großen Nutzen aus dieser Maßnahme ziehen. In Deutschland gebe es das CTC in Stade; ferner entstünden Projekte am Standort Augsburg. In Varel handele es sich um Investitionen in ein einzigartiges Thema. Es gebe in Deutschland kein vergleichbares Modell, wo Maschinenhersteller, Hersteller von Flugzeugkomponenten und die Zulieferindustrie gemeinsam mit Universitäten, Schulen usw. unter einem Dach ein solches Projekt betrieben. Auch von diesen Maßnahmen werde eine Sogwirkung ausgehen. Daher müsse trotz allen Risikobewusstseins diese Chance ergriffen werden. Eine Besichtigung der Investitionen in Stade empfehle er sehr, so Herr Busch. Er hoffe sehr, dass sich Ähnliches auch in Varel entwickle.

Kreistagsvorsitzender Funke teilte mit, der Wirtschaftsausschuss beabsichtige, die Investitionsmaßnahmen am Standort Stade zu besichtigen.

Kreistagsabgeordneter Etzold erklärte, man sollte im Rahmen der Diskussion zwar auf Risiken hinweisen, sie aber gleichwohl in Relation zu den entstehenden Chancen zu setzen. Nur über den Saldo sei zu entscheiden. Bei einer Förderungszusage von 75 % und verbleibender Finanzierung von 25 % bedürfe es im Grunde keines Wirtschaftsplanes.

Kreistagsabgeordneter Habeck führte aus, wenn es um Zukunft für alle, um Technologie und Ausbildung gehe, dürfe das Thema „Miete/Mietausfall“ im Rahmen der Risikobewertung so gut wie keine Rolle spielen. Hier gehe es um eine förderwürdige große Maßnahme, die allen zugute komme und die es gemeinsam zu verwirklichen gelte.

Abschließend stellte Kreistagsabgeordneter Koch fest, als Kommunalpolitiker habe man die einmalige Chance, aktiv den Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt auf dem Gebiet der Zukunftstechnologie zu beeinflussen. Eine Chance, die sonst kaum jemand erhalte und die es zu nutzen gelte. Die Alternative wäre, tatenlos der weiteren Entwicklung der Wirtschaft zuschauen zu müssen, ohne darauf einwirken zu können. Es dürfe nicht sein, dass man dann möglicherweise Gelder einsetzen müsse für Maßnahmen, die im Ergebnis keine wirksame Hilfe und Weiterentwicklung brächten. - Das Zukunftszentrum sei für den Kreistag eine einmalige Chance, Wirtschaft aktiv zu gestalten, und verdiene Unterstützung.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Kreistagsvorsitzender Funke ließ abstimmen.

Beschluss:

Dem Abschluss des Gesellschaftsvertrages für das „Zukunftszentrum Technologie und Ausbildung Varel-Friesland GmbH“ in der der Wirtschaftsausschuss-Niederschrift vom 11.03.2009 anliegenden Fassung wird zugestimmt. Der außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 12.500,- € wird ebenfalls zugestimmt.

Die Federführung in dieser Angelegenheit übernimmt der Landkreis Friesland.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei 2 Enthaltungen

**TOP 6.2.11 Jahresrechnung des Landkreises Friesland für das Haushaltsjahr 2007; Beschluss über die Jahresrechnung und Entlastung des Landrats
Vorlage: 451/2009**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.11 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 18. März 2009 zur Kenntnis.

Kreistagsabgeordneter Husemann bat um Mitteilung, wann voraussichtlich der Jahresabschluss 2008 vorgelegt werden könne.

Eine zwischenzeitliche Nachfrage im Fachbereich 01 ergab, dass die Vorlage der Jahresrechnung 2008 nach Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt erfolge. Da gewollt sei, dass in den Städten und Gemeinden vorrangig geprüft werde, gebe man das Jahresergebnis 2008 des Landkreises nach dessen Prüfung voraussichtlich in 2010 zur Kenntnis. Eine Vorlage noch in 2009 erscheine angesichts des Umfangs der Arbeiten aus heutiger Sicht kaum machbar.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Jahresrechnung 2007 des Landkreises Friesland und erteilt dem Landrat gemäß § 101 NGO i.V.m. § 65 NLO Entlastung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Landrat Ambrosy nahm an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

**TOP 6.2.12 Örtliche und unvermutete Kassenprüfung bei der Kreiskasse
Friesland am 17. November 2008
Vorlage: 453/2009**

Der Kreistag nahm das im Wirtschaftsausschuss-Protokoll vom 11. März 2009 dargelegte Ergebnis des Prüfungsberichtes zur Kenntnis.

**TOP 6.2.13 Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan für
das Haushaltsjahr 2009
Vorlage: 464/2009**

Zu Beginn der Kreistagssitzung war die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen vom 11. März 2009 als Tischvorlage verteilt worden. Der Kreistag nahm die auf dieser Basis erfolgte Beschlussempfehlung des Kreisausschusses vom 18. März 2009 (TOP 3.1.13) zur Kenntnis.

Kreistagsabgeordneter Just erklärte, die BfB-Fraktion werde den Nachtragshaushalt ablehnen. Man halte zwar die Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II (Schulen / energetische Maßnahmen) im Grunde für sachgerecht. Der Landkreis Friesland werde aber in 2009 keine Schulden mehr abbauen können. Über das Problem des verringerten Schuldenabbaues und der Schuldenzunahme sei jedoch im Rahmen der Haushaltsberatung nicht ausreichend gesprochen worden.

Seit Verabschiedung des Ursprungshaushalts 2009 habe sich die konjunkturelle Situation sehr gewandelt. In den kommenden Jahren werde nicht nur mit einem starken Wirtschaftsabschwung, sondern auch mit erheblichen Steuerausfällen zu rechnen sein. Das bedeute auch für die Kommunen einen hohen Einnahmeausfall.

Die SPD/FDP-Gruppe gehe offensichtlich davon aus, es gehe lediglich um eine einmalige Pause im Schuldenabbau; in der noch laufenden Wahlperiode wolle man die für die gesamte Wahlperiode angestrebte Schuldentilgung von 5 Mio. Euro erreichen. Die FDP spreche davon, dass der Landkreis Friesland in 20 Jahren schuldenfrei sei. - Diese Einschätzung, so Herr Just, gehe an der Entwicklung der Situation vorbei. Das Konjunkturpaket und die sich abzeichnende veränderte wirtschaftliche Situation hätten zum Anlass genommen werden müssen, ernsthaft über das immer größer werdende Schuldenproblem des Landkreises zu beraten. In den nächsten 1 – 2 Jahren erscheine eine weitere Schuldentilgung ausgeschlossen.

In den vergangenen 2 ½ Jahren seien von der avisierten 5 Mio.- Euro-Schuldentilgung lediglich 200.000 Euro erreicht worden. Die verbleibenden 4,8 Mio. Euro werde man in den nächsten Jahren ohne Inkaufnahme weiterer Defizite im laufenden Haushalt überhaupt nicht mehr senken können.

Es sei eine Diskussion erforderlich, wie in absehbarer Zeit nachhaltig Schulden gesenkt werden könnten. Nach dem bisher in der laufenden Wahlperiode getilgten Betrag von 200.000 Euro bemessen würde es knappe 1000 Jahre dauern, bis die Schulden des Landkreises abgebaut seien. Nach heutigen Kriterien könne der bisherige Weg der Schuldentilgung nicht fortgesetzt werden. - Ein Lösungsansatz wäre z. B. der Verkauf von EWE-Anteilen, wie er sich im vergangenen Jahr

angeboten habe. Evtl. ergebe sich diese Möglichkeit erneut, wenn die EWE ihren VNG-Anteil verkaufe. Landkreis und Kommunen sollten von dieser Chance profitieren, um ihre Schulden zeitnah senken zu können.

Landrat Ambrosy verwies auf die Ausführungen der Vorlage zur Problematik der geringeren bzw. auf Null gesenkten Schuldentilgung in 2009 und 2010; im Finanzausschuss sei diese Thematik auch erörtert worden. -

Dieser Weg sei alternativlos in einer Situation, in der der Landkreis von Land und Bund Mittel erhalte, um vor Ort Arbeit zu halten und zu sichern. Nach Ansicht aller Wirtschaftsfachleute sei mit schwierigen Zeiten zu rechnen, für die es sich aber rechtzeitig zu rüsten gelte. Vor diesem Hintergrund seien die Maßnahmen abzuwägen.

Das Ergebnis könne nur sein, ökonomisch jetzt alles zu tun, um ohnehin erforderliche Maßnahmen vorzuziehen und das Eigentum des Landkreises mit den bereit gestellten Mitteln zu sanieren. Der Landkreis werde in die Lage versetzt, fast 5 Mio. Euro an zusätzlichen Sanierungsmitteln für seine Schulgebäude einsetzen zu können und dadurch seine Maßnahmenliste zu verkürzen. Man erhoffe dadurch einen auf 2011 vorgezogenen Abschluss der Sanierungsmaßnahmen.

In den Jahren 2012/2013 habe der Landkreis dann aller Voraussicht nach wieder mehr finanziellen Spielraum, um zum Schuldenabbau beitragen zu können. - Um Arbeit zu schützen und zu sichern habe die vorgeschlagene Vorgehensweise höchste Priorität.

Im Übrigen vermittelten die Ausführungen von Herrn Just einen falschen Eindruck: Der Landkreis nehme keine zusätzlichen langfristigen Schulden auf und beabsichtige dies auch in Zukunft nicht. Bereits seit dem Jahr 2003 habe man keine neuen langfristigen Schulden aufgenommen. Der Landkreis vermöge es, die zusätzlich benötigten Mittel ohne weitere Verschuldung abzufedern – im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen, die Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket sonst nicht bewerkstelligen könnten.

Im Übrigen baue man auch kurzfristige Schulden ab, indem man Kassenkredite senke, die aus den Jahren 2002 – 2004 resultierten, als die kommunalen Einnahmen geringer und die Arbeitslosenzahlen höher gewesen seien. Zusätzlich hätten damals Land und Bund weitere Aufgaben auf die kommunale Ebene verlagert, ohne die damit einhergehende Finanzierung komplett sicherzustellen.

Lt. Haushaltsplan hätte man das Jahr 2008 mit ca. 18,5 Mio. Euro Schulden abschließen müssen; tatsächlich habe man aber diesen Betrag auf ca. 15,5 Mio. Euro senken können. Man habe sich zudem über einen Kreistagsbeschluss verpflichtet, in den jährlich laufenden Haushalten jeweils 2 Mio. Euro so einzusparen, damit das Fehlbetrag weiter sinke und hoffentlich 2016 abgebaut sein werde. Sehr wohl habe man also einen deutlich höheren Schuldenabbau betrieben als von Herrn Just dargestellt. Diese Strategie werde der Landkreis Friesland auch künftig fortsetzen. Möglicherweise werde sich letztlich der Abbau langfristiger Schulden gegenüber bisherigen Planungen verlangsamen. Aber man verfüge dann unter dem Strich über einen voll sanierten Gebäudebestand und deutlich gesenkte Fehlbeträge. Vor diesem Hintergrund bitte er, so der Landrat, für diesen Nachtragshaushalt um Zustimmung.

Frau Haltern als Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen bat Herrn Just darum, seine Diskussionsbeiträge künftig in den Beratungen des Fachausschusses einzubringen. Seitens der Verwaltung sei das Zahlenmaterial stets klar und deutlich vorgetragen worden. Vor den besonderen Gegebenheiten der wirtschaftlichen landes- und bundesweiten Situation gelte es die Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket als Chance zu begreifen und umzusetzen. Denn fest stehe, dass sie eines Tages ohnehin erforderlich wären – allerdings ohne diese Zuschüsse und dann wohl unter Aufnahme weiterer Kredite.

Da weitere Wortmeldungen nicht vorlagen, ließ Kreistagsvorsitzender Funke abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

40 Ja-, 2 Gegenstimmen, keine Enthaltungen

**TOP 6.2.14 Vertretung des Landkreises Friesland im Verwaltungsrat des Job-Centers Friesland
Vorlage: 434/2009**

Auf die Ausführungen zu TOP 3.1.14 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 18. März 2009 wird verwiesen.

Kreistagsabgeordneter Just hielt es für unsinnig, für den Verwaltungsrat des Job-Centers Friesland vier statt drei Vertreter und Stellvertreter zu benennen, weil Herr Lies terminlich oft daran gehindert sei, als Mitglied an den Sitzungen des Verwaltungsrates teilzunehmen. Offenbar sei es Herrn Lies nicht möglich, seinen Stellvertreter Herrn Ramke jeweils rechtzeitig über den Vertretungsfall zu informieren. Die Ursache sehe BfB darin, dass Herr Lies aufgrund seiner vielen Funktionen wohl nicht in der Lage sei, allen Verpflichtungen gerecht zu werden.

Kreistagsabgeordneter W. Janßen stellte fest, es sei unverständlich, dass die Mitglieder des Verwaltungsrates den Kreistag nicht über wesentliche personelle Schwierigkeiten und daraus resultierende Mängel in der Kundenbetreuung des Job-Centers in Kenntnis setzten.

Ende 2008 habe eine Krisensitzung der Personalräte stattgefunden, von der man erst im nachhinein erfahren habe. Erst auf seine Nachfrage im Kreisausschuss, so Herr Janßen, sei zögerlich über die Situation berichtet worden. Dem Bundestag sollte Zeit eingeräumt werden, die Auflagen des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen. Ein neues Modell müsse Erfolg haben und dürfe nicht als Schnellschuss verabschiedet werden. Die vorhandenen Strukturen gelte es zu optimieren, um den Mitarbeitern und Kunden zu dienen. Ein Kommentieren politischer Beschlüsse reiche nicht aus. Im Landkreis Friesland gebe noch viel zu tun. Der Bürger registriere, dass sich das Gemeinwesen zur Parteiendemokratie entwickle.

Der Verwaltungsrat des Job-Centers möge sich verstärkt der Anliegen von Personal und Kunden des Job-Centers annehmen. Man müsse mit den vorhandenen Strukturen arbeiten unter Mitwirkung der entsandten Vertreter. Das Personal müsse in die Lage versetzt werden, entsprechend den Richtlinien arbeiten zu können.

Junge, in den Kommunen ausgebildete Bedienstete mit ihrer recht kurzen beruflichen Erfahrung würden mangels Arbeitsplatzangebotes in den kommunalen Verwaltungen als Sachbearbeiter für die Arge eingesetzt. Dies sei für die betroffenen Kräfte als auch für die zu betreuenden Kunden eine äußerst unbefriedigende Situation. Kunden würden mehrfach einbestellt und nach Hause geschickt. In einem ihm bekannten Fall, so Herr Janßen, habe ein Antragsteller sechs Wochen auf Geld gewartet, nachdem er mehrfach vertröstet und unverrichteter Dinge heim geschickt worden sei. Die Vertreter der Kommunen im Verwaltungsrat der Arge sollten diese Probleme aufgreifen und darüber berichten.

Erster Kreisrat Wehnemann verdeutlichte, die Verwaltung bitte um Bestätigung des Kreistagsbeschlusses vom November 2006 vor dem Hintergrund der in der Vorlage geschilderten aufgetretenen Probleme. Es gehe lediglich um die Herstellung und Bestätigung der Handlungsfähigkeit der Kreisvertreter im Verwaltungsrat.

Kreistagsabgeordneter Just erklärte, im November 2006 sei noch von vier Vertretern ausgegangen worden; mittlerweile sei man mit nur noch drei Stimmen vertreten. Trotzdem beharre die Kreisverwaltung auf der Entsendung von vier Mitgliedern und Vertretern, weil Herr Lies seine Funktion nicht ausreichend wahrnehmen könne und keine Vertretung organisiere.

Kreistagsvorsitzender Funke stellte fest, für die Öffentlichkeit bedürfe es der Klarstellung, dass nicht davon die Rede sein könne, Herr Lies nehme seine Funktion nicht ordnungsgemäß wahr. Die von der BfB-Fraktion erhobenen Vorwürfe ließen diese Interpretation zu; diesem Eindruck gelte es mit Nachdruck entgegen zu treten.

Kreistagsabgeordneter Burgenger erinnerte an den im Dezember 2008 entstandenen Konflikt und die derzeit bestehende ungeklärte Situation. Ein Vertretungsproblem könne immer wieder entstehen. Um Konflikte zukünftig zu vermeiden, habe er bereits im Kreisausschuss die Anregung gegeben, ob man statt eines Vertreters zwei oder drei Vertreter für jedes Mitglied benenne, um auf jeden Fall eine ordnungsgemäße Vertretung sicherzustellen. Er bitte die Fraktionen hierüber zu beraten.

Kreistagsvorsitzender Funke äußerte Zweifel an der rechtlichen Einschätzung des Landes zum Thema der sog. Stimmführerschaft in einem Gremium. Diese Bewertung sei nicht ausreichend rechtlich abgesichert und klar. Evtl. lasse sich auch auf dieser Ebene eine Klärung herbei führen.

Beschluss:

1. Die Besetzung des Verwaltungsrates der ARGE Job-Center Friesland vom 6. November 2006 mit folgenden vier Vertretern wird bestätigt:

Verwaltungsrat der ARGE (Job-Center)

Mitglieder

EKR Peter Wehnemann
2. stv. LR Olaf Lies
KTA Herbert Lahl
KOAR Herr Wiese (FB-Leiter 21)

Vertreter

Landrat Sven Ambrosy
KTA Michael Ramke
KTA Elisabeth Onken
KOAR Mammen (FB-Leiter FB 22)

Die Rechtsform der vom Landkreis Friesland und der Agentur für Wilhelmshaven betriebenen ARGE hat hierauf keinen Einfluss.

2. Das Stimmrecht im Rahmen der Verwaltungsrats-Sitzungen wird von drei Mitgliedern bzw. Vertretern ausgeübt. Sollte hinsichtlich der Mitglieder/Vertreter des Kreistages ein Verhinderungsfall eintreten, so wird den aus der Verwaltung entsandten Herren Wiese bzw. Mammen ausdrücklich die Wahrnehmung des Stimmrechts für den Landkreis Friesland zuerkannt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen bei 2 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen

**TOP 6.2.15 Öffentliches Auftragswesen - Festsetzung von Wertgrenzen unterhalb der geltenden EU-Schwellenwerte
Vorlage: 457/2009**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.15 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 18. März 2009 zur Kenntnis und folgte der Beschlussempfehlung.

Beschluss:

Der Anwendung der im gem. Runderlass vom 04.02.2009 (Anlage zum KA-Protokoll vom 18.03.2009) empfohlenen Wertgrenzen für den Landkreis Friesland wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.2.16 Berufung eines hinzugewählten Mitgliedes in den Ausschuss für Schule, Sport und Kultur des Landkreises Friesland
Vorlage: 465/2009**

In Übereinstimmung mit dem Kreisausschuss (TOP 3.1.16 der Niederschrift vom 18. März 2009) beschloss der Kreistag wie folgt:

Beschluss:

Herr Jens Schipper, wohnhaft Friederike-Nadig-Str. 7, 26419 Schortens, wird auf Vorschlag der LehrkräftevertreterInnen der berufsbildenden Schulen als hinzugewähltes Mitglied in den Ausschuss für Schule, Sport und Kultur berufen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.2.17 Abschluss einer Zweckvereinbarung zwischen Landkreis Friesland und Stadt Varel über die Aufgabenwahrnehmung nach dem Wohnraumförderungsgesetz
Vorlage: 466/2009**

Der Kreistag folgte der Beschlussempfehlung des Kreisausschusses vom 18. März 2009 (sh. TOP 3.1.17 der Niederschrift).

Beschluss:

Die der Kreisausschuss-Niederschrift beigefügte Zweckvereinbarung mit der Stadt Varel über die Aufgabenübertragung nach dem Wohnraumförderungsgesetz wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 7 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

Über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses war nicht zu berichten.

TOP 8 Anfragen zu den öffentlichen Punkten der Kreistagsausschüsse

TOP 8.1 Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Abfall und Landwirtschaft vom 24. Februar 2009

TOP 8.2 Sitzung des Ausschusses für Schule, Sport und Kultur vom 25. Februar 2009

TOP 8.3 Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 3. März 2009

TOP 8.4 Sitzung des Ausschusses für Bauen, Feuerschutz und Straßenverkehr vom 9. März 2009

TOP 8.5 Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen vom 11. März 2009

TOP 8.6 Sitzung des Ausschusses für Schule, Sport und Kultur vom 12. März 2009

TOP 8.7 Sondersitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen vom 18. März 2009

Es wurden keine Anfragen zu den vorstehenden Niederschriften gestellt.

TOP 9 Mitteilungen des Landrates

TOP 9.1 Breitbandinitiative im ländlichen Raum

Landrat Ambrosy teilte mit, die EWE-Netz bemühe sich, die Breitbandverkabelung verstärkt in den ländlichen Raum zu bringen. Der Landkreis Friesland habe insbesondere über Herrn Dr. Dehrendorf umfangreiche Vorarbeiten zu diesem Thema geleistet und bei den Städten und Gemeinden eine Abfrage durchgeführt.

Die Verwaltung habe die „weißen Flecken“ in der Breitbandversorgung des Kreisgebietes ermittelt. Betroffen sei vor allem die Peripherie in Richtung Küste, aber es gehe auch um Lücken zwischen den Kerngebieten. Man stehe in laufenden Gesprächen mit der EWE.

Im Verwaltungsvorstand der Kreisverwaltung habe man nach intensiver Erörterung beschlossen, nicht kosten- und arbeitsintensiv alle Kreiseinwohner anzuschreiben, sondern aufgrund der bereits vorhandenen Kenntnisse die Schließung der hier bekannten weißen Flecken zu forcieren. In einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen werde man das Konzept vorstellen. Dazu werde man einen Vertreter der EWE-Netz als Referenten einladen.

Im April 2009 werde man die Bürgermeister der Städte und Gemeinden im Rahmen der HVB-Runde über den Stand der Dinge informieren. Der Vorschlag der Verwaltung laute, angesichts der Wirtschaftskrise zunächst die Gewerbegebiete mit Breitband auszurüsten, um sie für die Zeit „danach“ zu ertüchtigen. Anschließend sollten die Ortskerne ausgestattet werden, damit anschließend nach voraussichtlich 3 Jahren die Versorgung der Peripherie in Angriff genommen werden könne. In hoffentlich 5 Jahren erhoffe man sich den Abschluss der Maßnahme „Breitbandverkabelung im ländlichen Raum“.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

TOP 10 Anträge der Fraktionen, Gruppen und Kreistagsabgeordneten

Kreistagsabgeordneter Chmielewski verwies auf die Beschlusslage zur Sanierung der Berufsbildenden Schule Varel. Die Stadt Varel habe nach Aussetzung des Beschlussvollzuges durch den Kreisausschuss im April 2008 zuletzt bis zum 31. März 2009 Frist erhalten, ein Alternativkonzept zur Verlagerung der BbS auf das ehemalige Kasernengelände in Varel zu entwickeln. Diese Arbeiten seien mittlerweile abgeschlossen. Im Kreisausschuss am 18. März 2009 sei das vorgelegte Konzept Gegenstand der Beratung gewesen. Das Gremium habe sich mit der Thematik jedoch aus seiner Sicht, so Herr Chmielewski, lediglich kurz befasst.

In Varel sei gestern das Planungskonzept der begleitenden Architekten vorgestellt worden. Bis dahin seien die Vareler Ratsmitglieder über diese Unterlagen offenbar noch nicht in vollem Umfang informiert gewesen. Auch im Kreisausschuss könne das Konzept in der Kürze der Beratung ebenfalls noch nicht ausreichend vorgestellt und gewürdigt worden sein. Evtl. bestehe die Möglichkeit, in einem Gremium des Kreistages den Architekten Gelegenheit zu geben, ihre Sichtweise vorzustellen. Es gehe dabei nicht nur um die Sanierung der Kaserne in der Größenordnung des BbS-Raumbedarfs, sondern auch um die Nachnutzung des BbS-Gebäudes. Die

Verwaltung habe die Machbarkeit dieser Vorschläge in ihrer Stellungnahme Punkt für Punkt widerlegt bzw. in Frage gestellt.

Es handele sich um eine politische Entscheidung, welche Entwicklung der Landkreis anstrebe. Es gehe auch um die ausreichende Würdigung der von Stadtverwaltung und Architekten erbrachten Arbeiten. Obwohl in den Ratsgremien die Planungen noch nicht in vollem Umfang bekannt seien, habe der Landkreis bereits eine letztmalige Frist bis zum 31. März 2009 gesetzt, um die Finanzierungsvorschläge zum Konzept zu überarbeiten.

Die Zusammenfassung von Kreisdienststellen am Standort Varel sei bis 2012 ausgesetzt worden. Dabei gehe es um Investitionen von 2,5 Mio. Euro.

Kreistagsabgeordneter Chmielewski beantragte, das Konzept der Stadt Varel nochmals in die Gremien des Kreistages einzubringen, von den Architekten erläutern zu lassen und in Ruhe zu erörtern.

Mehrfach unterbrach Kreistagsvorsitzender Funke die Ausführungen von Herrn Chmielewski und verwies darauf, dass er diese ggf. unter TOP 12 „Anregungen und Beschwerden“ hätte anbringen müssen. Die Einbringung eines Antrages im Sinne des TOP 10 sei nicht möglich. Herr Chmielewski entfachte zudem an dieser Stelle eine Diskussion, die so nicht vorgesehen sei.

Kreistagsabgeordnete Schlieper erklärte, der Kreisausschuss habe sich in seiner Sitzung am 18. März 2009 sehr wohl in angemessener Zeit und eingehend mit der Thematik BbS Varel befasst. Die Mehrheitsgruppe habe darüber hinaus in ihrer letzten Sitzung eingehende Informationen zum Konzept durch einen hinzu geladenen Vertreter der Stadtverwaltung Varel erhalten. Das Konzept sei unbestritten sachgerecht und qualitativ gut erarbeitet worden. Das Problem liege darin, dass keine für den Landkreis leistbare Finanzierung aufgezeigt werden könne. Gleichwohl habe der Kreisausschuss entschieden, der Stadt Varel letztmalige Frist bis zum 31. März 2009 einzuräumen, um ihr Gelegenheit für nachbessernde Überlegungen für eine machbare Finanzierung zu geben. Wenn ein solches, aus Sicht des Landkreises finanzierbares Konzept vorgelegt werde, so könnten weitere Gespräche zwischen Stadt und Landkreis aufgenommen werden. Ansonsten werde man die Sanierung der BbS Varel unverzüglich ab April 2009 in Angriff nehmen.

Kreistagsvorsitzender Funke wies die Kreistagsmitglieder darauf hin, dass Inhalte und Diskussionen in dieser Form nicht unter „Anträge der Fraktionen, Gruppen und Kreistagsabgeordneten“ erfolgen dürften. Bei aller Großzügigkeit in der Handhabung der Regularien müsse laut Geschäftsordnung 14 Tage vor der Sitzung ein formeller Antrag gestellt werden, es sei denn, es handele sich um einen Dringlichkeitsantrag. Dieser Rahmen müsse von allen eingehalten werden, weil sonst ein ordnungsgemäßer Sitzungsverlauf nicht mehr zu gewährleisten sei.

TOP 11 Anfragen nach § 11 GO

Keine.

TOP 12 Anregungen und Beschwerden

TOP 12.1 Anregung der Kreistagsabgeordneter a) Etzold und b) Böcker zum Thema "BbS Varel"

Kreistagsabgeordneter Etzold regte an, bei Fristsetzungen wie z. B. in der Thematik „BbS Varel“ die Zeiten so einzuteilen, dass Vorschläge berücksichtigt werden könnten und ausreichende Zeiträume für Diskussionen gewährleistet seien.

Kreistagsabgeordneter Böcker verwies darauf, das Konzept biete die einmalige Chance, in Varel das Bildungszentrum auf dem Bundeswehrgelände über die BbS zu verwirklichen. Falls bis zum 31.03.2009 noch Gespräche zwischen Landkreis und Stadt Varel stattfänden, sollte ernsthaft über eine andere Weichenstellung nachgedacht werden.

Kreistagsvorsitzender Funke erklärte, die gesetzte Frist sei seit April 2008 bekannt und zweimalig bis nunmehr zum 31.03.2009 verlängert worden; eine weitere Diskussion werde er nicht zulassen. - Eine weitere Wortmeldung von Herrn Chmielewski zu diesem Thema ließ Herr Funke mit Verweis auf dessen Ausführungen zu TOP 10 nicht mehr zu.

Landrat Ambrosy teilte mit, heute Mittag habe er eine E-Mail der Stadt Varel erhalten, der nochmals ein Zahlenwerk beigefügt worden sei. Man werde die Daten eingehend auch im Sinne der Anregung nochmals prüfen und am Freitag, 27. März 2009, in dieser Angelegenheit ein Gespräch mit dem Vareler Bürgermeister führen.

In der heutigen Diskussion werde der Eindruck erweckt, dass das Konzept der Sache nach abgelehnt werde. Fakt sei aber, dass eine Finanzierungslücke von rd. 4 Mio. Euro bestehe. Niemand aber habe im vergangenen Jahr einen Weg aufgezeigt, wie diese Lücke geschlossen werden könne. Diese Aufgabenstellung sei leider nicht erfüllt worden und die Beschlusslage verändere sich daher nicht. Bei einem ersten Überprüfen der heute vorgelegten neuen Zahlen sei erkennbar, dass die Lücke nach Berechnungen der Stadt Varel 3,92 Mio. Euro betrage und der Vorschlag laute, ein Darlehen aufzunehmen. Wie bereits zum 1. Nachtragshaushalt ausgeführt, sei dem Landkreis aufgrund der nicht gewollten Neuverschuldung eine weitere Darlehensaufnahme jedoch nicht möglich.

Kreistagsvorsitzender Funke ergänzte, die Gestaltung des Konzeptes habe im Übrigen nicht die Ausrichtung genommen wie sie der seinerzeit erteilte Auftrag beinhaltet habe.

TOP 13 Einwohnerfragestunde

TOP 13.1 Frau Désirée Klein, Sande, wg. Mehrgenerationenhaus Sande

Frau Klein sprach namens des „Vereins für ganzheitliche soziale Arbeit und Lernen Friesland e.V.“. Man habe den Landrat angeschrieben, da die Kreisverwaltung dem Projekt Auflagen auf Basis einer DIN-Norm auferlegt habe. Im Hinblick auf die demografische Entwicklung könne man es sich jedoch nicht leisten, zukunftsorientierte Vorhaben auf diese Weise auszubremsen.

Der Verein habe viel Eigenarbeit geleistet; der Landkreis habe signalisiert, dass er das Projekt grundsätzlich unterstütze. Die Miete werde bezahlt, so dass hier kein Risiko bestehe. Man wolle jetzt endlich legitim in Betrieb gehen, ohne daran gehindert zu werden.

Der Fachbereich 14 der Kreisverwaltung habe die Auflage zur Schaffung eines barrierefreien Gebäudes und Bereitstellung behindertengerechter Parkplätze erlassen. Der Landkreis stehe in der Verantwortung, die Erfüllung dieser Vorgaben auch zu ermöglichen und die Anträge des Vereins in die entsprechenden Fachausschüsse zu geben, damit Gelder bereit gestellt werden könnten.

Landrat Ambrosy verwies auf die mehrfach stattgefundenen Gespräche zwischen Verein und Landkreis in dieser Angelegenheit. Eingehend habe man gemeinsam mit der Gemeinde Sande über die Machbarkeit des Vorhabens in verschiedenen Sondersitzungen beraten. Im Ergebnis habe die Gesamtfinanzierung des Vorhabens in Frage gestanden.

Der Verein habe für sich beschlossen, in Cäciliengroden ein Haus zu erwerben und seine Vorstellungen dort umzusetzen. Die von Frau Klein angesprochenen Auflagen träfen jeden Bauherrn, der eine öffentliche Einrichtung schaffe. Bei dem Mehrgenerationenhaus Sande gehe es um die Integration behinderter Menschen und um die Umsetzung von baugesetzlich vorgeschriebenen und notwendigen Auflagen.

Kreistagsvorsitzender Funke erläuterte Frau Klein, ihr sei nach den Ausführungen des Landrates eine Zusatzfrage möglich. Allerdings bewege man sich in der Thematik auf dem Gebiet des übertragenen Wirkungskreises, von dem der Kreistag nur mittelbar betroffen sei.

Landrat Ambrosy führte aus, der vom Verein im Februar 2009 gestellte Zuschussantrag sei im Zusammenhang der Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket behandelt worden. Finanzausschuss und Kreisausschuss seien sich darin einig und hätten generell beschlossen, dass ausschließlich Bildungseinrichtungen des Landkreises aus diesen Mitteln gefördert werden sollten. Auch zwei weitere Antragsteller seien mit dieser Begründung negativ beschieden worden. Über den Februar-Antrag für eine Bezuschussung sei damit abschließend entschieden.

Mit Datum vom 24.03. habe er heute, am 25.03., einen weiteren Antrag von Frau Klein erhalten, so der Landrat. Fakt sei, dass für die Erfüllung gesetzlich normierter Auflagen kein Anspruch auf Bezuschussung bestehe. Wenn überhaupt, könne ggf. die Einrichtung als Ganzes bezuschusst werden. Hier sei auf die Beratung in den Fachausschüssen mit den Vertretern der Gemeinde Sande und des Landkreises zu verweisen. Frau Klein akzeptiere diese Entscheidung nicht; gleichwohl sei sie jedoch abschließend.

TOP 13.2 Herr Daxl, Bockhorn, wg. behindertengerechter Bahnüberquerung Bahnhof Varel

Herr Daxl fragte nach, ob der Landrat sich dafür eingesetzt habe, dass der unmögliche Zustand hinsichtlich des Brücken-Überganges am Bahnhof Varel bald abgestellt werde. Behinderte Menschen seien gezwungen, bei der Anreise per Bahn entweder nach Sande oder nach Rastede zu fahren, um nach Verlassen des Zuges den Gleisbereich verlassen zu können. Immer wieder beklagten sich Betroffene über eine menschenunwürdige Behandlung Behinderter. Er frage den Landrat daher erneut, ob die Deutsche Bahn mittlerweile ihre Bereitschaft signalisiert habe, diesen unmöglichen Zustand am Bahnhof Varel in absehbarer Zeit abzustellen. Dann bestehe auch für ältere Menschen wieder die Möglichkeit, ungehindert die Bahn benutzen zu können.

Landrat Ambrosy bestätigte, dass dieses Thema ein dringend abzustellendes Problem darstelle. Stadt Varel, Landkreis Friesland, die Bundesbeauftragte für die Belange behinderter Menschen, Frau MdB Evers-Meyer, sowie die Behindertenbeauftragte des Landkreises seien sich darin einig, dass hier zeitnah Abhilfe erforderlich sei. Man rufe die Bahn auf, baldmöglichst zu handeln, und führe Gespräche.

Anlässlich der Verleihung des Silbernen Schienennagels habe man erneut Vertreter der Bahn und des Landes auf die Situation angesprochen. Leider gebe es bis heute keine Erkenntnisse, dass eine positive Entscheidung der Deutschen Bahn für konkrete Maßnahmen getroffen sei. Es gelte das Thema daher immer wieder in das Bewusstsein der Öffentlichkeit und vor allem der Vertreter der Bahn zu bringen, um den öffentlichen Druck zu verstärken. Behinderte Menschen müssten genau wie alle anderen Reisenden die Möglichkeit der Bahnbenutzung erhalten.

Herr Daxl berichtete von geplanten Milliardeninvestitionen der Dt. Bahn für den Ausbau von Bahnhöfen usw.; dies gehe aus Fernsehmeldungen hervor. Möglicherweise habe der Bahnhof Varel für das Unternehmen nicht die Bedeutung. Vielleicht aber helfe ein Hinweis an die Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, dass dieser Zustand im Rahmen des Konjunkturpaketes zu Gunsten der Behinderten geändert werde.

TOP 13.3 Unbekannter Einwohner wg. Zustand der Straßen

Ein namentlich nicht bekannter Einwohner meldete sich zu Wort. Im Rahmen der Diskussion gehe es immer wieder um Ausgaben; er sehe eine Einnahmequelle. Die Straßen im Kreisgebiet seien seit Einführung der Mautgebühren auf den Autobahnen in einen beklagenswerten Zustand geraten. Die Lkw nutzten seit der Erhebung von Mautgebühren Schleichwege; dadurch leide die Qualität der Nebenstraßen. Wer diese Gebühren einnehme, müsse im Gründe auch dafür Sorge tragen, dass die „Opfer“ dieser Entwicklung durch Instandsetzung der Nebenstraßen entschädigt würden.

Da weitere Wortmeldungen nicht vorlagen, schloss Kreistagsvorsitzender Funke die öffentliche Kreistagssitzung um 16.25 Uhr. Die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung wurde um 16.35 Uhr fortgesetzt.

gez. **Karl-Heinz Funke**
Kreistagsvorsitzender

gez. **Sven Ambrosy**
Landrat

gez. **Gerda Gerdes**
Protokollführerin